

Mit dem grässlichen klischeehaften Plakat „Iwan S., Vergewaltiger – morgen Schweizer“ wird der Schweizer Bevölkerung eine lasche Einbürgerungspolitik suggeriert. Mit Halbwahrheiten, menschenverachtenden Leserbriefen und riesigem finanziellem Aufwand wird manipuliert und Abstimmungskampf betrieben. Ich glaube kaum, dass die bürgerlich zusammengesetzten Bürgerräte einen Vergewaltiger mit dem Schweizer Bürgerrecht belohnen.

Mich betrübt, dass auch die Mehrheit des Parlamentes ihr liberales und zukunftsgerichtetes Denken dem Gegenentwurf opfert. Dieser nimmt das Gedankengut der Initiative auf, obwohl mit geltendem Recht bereits genügend Mittel zur Verfügung stehen und jährlich ca. 700 Personen die Schweiz verlassen müssen. Ebenfalls ist der darin enthaltende Integrationsartikel schon heute Teil des geltenden Rechts.

Alle die hier leben und arbeiten sollen geltendes Schweizer Recht einhalten und akzeptieren. Es darf aber nicht sein, dass, wer in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist, nebst der Verurteilung mit einer Ausschaffung zu rechnen hat.

Bei einer Annahme der Initiative fürchte ich um die in unserer Bundesverfassung festgehaltenen demokratischen und christlichen Grundwerte. Deshalb lehne ich am 28. November 2010 Initiative und Gegenentwurf ab.

Brigitte Hug Schuler
SP Hünenberg